

# Wo Frauen die Hoffnung tragen

Burkina Faso kämpft mit vielen Problemen. Das Land ist aber nach dem Machtwechsel 2014 stabil. Das liegt auch an den Frauen.

STEFAN VEIGL

**OUAGADOUGOU.** Als die beiden Autos auf das Dorf zufahren, sind alle 460 Bewohner auf den Beinen – vom Baby bis zum Greis. Sie tanzen und singen zur Begrüßung. Denn sie sind stolz, den Besuchern zu zeigen, was sie erreicht haben: In ihrem kleinen Dorf unweit von Bourzanga, 150 Kilometer nördlich der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou, hat sich etwas verändert, seit eine Frauenkooperative dort das Ruder in die Hand genommen hat. „Unsere Frauen haben vorher kein Geld verdient. Jetzt haben wir gelernt, wie man Seife herstellt und Erdnüsse veredelt“, erzählt Maimouna Badini, die Leiterin der Kooperative.

## Bis zu 70 Prozent sind Analphabeten

Außerdem wird aus der Nuss des Karitébaums Sheabutter hergestellt. 90 Frauen arbeiten mit. Allein durch den Verkauf von 100 Litern Erdnussöl werden umgerechnet 130 Euro pro Woche Erlöst.

Das ist in Burkina Faso sehr viel Geld. Denn ein Gutteil der Bevölkerung muss von ein bis zwei Euro am Tag leben. Das westafrikanische Land hat aber auch viele andere Probleme: Bis zu 70 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten. Zehn Prozent der Kinder erleben ihren fünften Geburtstag nicht. Ein Drittel aller Kinder ist unterernährt. Dazu kommen Malaria, Gelbfieber und derzeit eine Denguefieber-Epidemie als Dauerbedrohungen für die 19 Millionen Einwohner. Korruption ist an der Tagesordnung. Im UNO-Ranking der reichen und armen Länder der Welt liegt Burkina Faso auf Platz 183 von 188 Staaten. Die Bevölkerung wird sich binnen 25 Jahren verdoppeln.

Bemerkenswert ist, dass 2014 durch einen Volksaufstand Diktator Blaise Compaoré nach 27 Jahren aus dem Land gejagt wurde. Gegenwärtig ist aber die Unzufriedenheit im Land hoch: Denn zwei Jahre nach dem Regimewechsel hat sich die wirtschaftliche Lage für die Bürger nicht verbessert. Das gesteht auch Jean-Martin Coulibaly ein, der seit der Parlamentswahl im Dezember 2015 Bildungsminister ist (siehe Interview).

Schon seit 1993 ist die österreichische Entwicklungshilfeagentur (ADA) in Burkina Faso aktiv. Sie finanziert nicht nur das Projekt in Bourzanga, sondern sie hat auch vier jungen Männern Wasserpumpen zur Verfügung gestellt, um Bewässerungssysteme für ihre Felder aufzubauen. Gelernt haben die vier ihren Beruf in Landwirtschaftsschulen in Tirol.

Bei einem Lokalaugenschein in der Region Dédougou zeigt sich, dass jene Mühlen- und Molkereiprojekte, die von Frauen geleitet werden, schon nach Monaten erfolgreich sind.

Helfen denn auch die Männer bei den Projekten mit?

Saidou Ouedraogo, offiziell Chef des Projektvereins, gibt sich bei dieser Frage doch eher zurückhaltend: „Wir helfen den Frauen, indem wir ihnen die Erlaubnis zum Arbeiten geben. Aber wir helfen auch in der Praxis mit.“

Die Frauenkooperative hat schon neue Pläne. „Wir brauchen Geld, um Erdnüsse zukaufen zu können. Und ein motorisiertes Dreirad für den Transport“, sagt Badini. Im Dorf ist man stolz darauf, dass man seit wenigen Monaten Strom hat. Und Badini fügt hinzu: „Wir wünschen uns daher auch Lampen, weil wir die Öl- und Seifenproduktion vor allem nachts erledigen – weil die Feldarbeit vorbei ist und die Kinder schlafen.“



Eine Frau aus Bourzanga freut sich, dass sie nun Geld verdient. BILD: SN/VEIGL

## Daten & Fakten

### Burkina Faso hat die Diktatur abgeschüttelt

**Die politische Geschichte** von Burkina Faso ist für afrikanische Verhältnisse vergleichsweise ruhig: Nach der Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft 1960 kam es 1983 zu einem Militärputsch durch Thomas Sankara, der in linken Kreisen heute noch als Lichtgestalt verehrt wird.

Er hatte große Pläne für das Land – wurde aber schon drei Jahre später ermordet. Die Gerüchte, dass Sankaras Putschgenosse Blaise Compaoré hinter dem Mord steckte, sind bis heute

nicht verstummt. Denn er übernahm die Macht, herrschte zunehmend autokratisch und verhinderte eine unabhängige Untersuchung von Sankaras Todesumständen.

Das Land am südlichen Rand der Sahelzone leidet wirtschaftlich auch unter seinem fehlenden Meereszugang. Es zählt zu den ärmsten Staaten der Welt. Die ADA, die vom österreichischen Außenministerium finanziert wird, investiert derzeit pro Jahr rund fünf Millionen Euro in Projekte in Burkina Faso.

„Wer nicht mehr hungrig ist, lernt besser“

INTERVIEW mit J.-M. Coulibaly



Er trägt Waldviertler-Schuhe, spricht perfekt Deutsch und hat einen Abschluss der TU Wien. Später hat Jean-Martin Coulibaly (50) für die österreichische Entwicklungshilfeagentur ADA in seiner Heimat Burkina Faso gearbeitet. Seit einem Jahr ist er dort Bildungsminister und verhandelt diese Woche auf einer Geberkonferenz in Paris um 8 Mrd. Dollar für sein Land.

**SN: Haben Sie Verständnis dafür, dass die Bürger in Burkina Faso weiter unzufrieden sind?**

**Coulibaly:** Ja. Denn die Leute haben gedacht, dass sich 2014 nach der Revolution alles auf einmal ändern würde. Jetzt erfahren sie, dass die Änderungen etwas sind, woran wir alle arbeiten müssen.

**SN: Wie sieht Ihr Plan aus, um die Analphabetenrate von fast 70 Prozent zu senken?**

Wir wollen es schaffen, dass zuerst mehr Kinder in den Kindergarten gehen. Und wir wollen die Qualität der Lehrerausbildung heben. Denn oft sind sehr viele Kinder in einer Klasse. Drittens: Wir wollen, dass bis 2020 16 Prozent der Jugendlichen auch eine Berufsausbildung bekommen. Dann erkennen die Eltern den Wert der Schulausbildung.

**SN: Wie wollen Sie die Kinderarbeit zurückdrängen, die vielfach Ursache für den geringen Schulbesuch ist?**

Wenn die Familie nicht genug zu essen hat, hat die Schule keine Priorität. Und die meisten Kinder, die kommen, haben zuvor zu Hause kein Frühstück erhalten. Unser Ziel ist daher, Kantinen an allen Schulen zu bauen. Denn wer nicht mehr hungrig ist, lernt besser.

**SN: Warum ist Ihr Schulsystem immer noch auf Französisch, das fast kein Kind beim Schuleintritt sprechen kann?**

Es wäre wichtig, die Kinder in ihrer lokalen Sprache zu unterrichten. Aber wir haben 66 verschiedene Sprachen im Land. Unser Ziel ist, dass die Grundschule in der Muttersprache abgehalten wird. In der Sekundarstufe kommt dann Französisch dazu. Erst die Oberstufe soll künftig ganz auf Französisch sein.

# Zurück nach Griechenland

Das Asylsystem soll ab März wieder Rückführungen erlauben.

**BRÜSEL.** In Griechenland wurde am Donnerstag erstmals seit Frühjahr wieder flächendeckend gestreikt. Staatsbedienstete, Seeleute, Bankangestellte, Bahnmitarbeiter und Ärzte protestierten gegen das Budget 2017, das weitere Steuererhöhungen und Lockerungen des Arbeitsrechts vorsieht.

Die EU-Kommission sieht indes so große Verbesserungen im griechischen Asylsystem, dass ab Mitte März 2017 wieder Flüchtlinge nach Griechenland zurückgebracht werden sollen, wenn sie dort in die EU eingereist sind. Das sei ein Schritt, um wieder zu einem funktionierenden Schengensystem zurückzukehren und es zu reformieren, sagte

EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos. Im Klartext: ein Ende der Grenzkontrollen in der EU.

Das sogenannte Dublin-Verfahren, wonach Asylanträge in dem EU-Land gestellt werden müssen, in dem Flüchtlinge zuerst in die EU eingereist sind, war im Fall von Griechenland 2011 ausgesetzt worden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatten entschieden, dass das griechische Asylsystem den internationalen Standards nicht genügt und deshalb Flüchtlinge nicht mehr dorthin zurückgebracht werden dürfen.

Avramopoulos betonte, trotz der Fortschritte bleibe bis März noch

viel zu tun. Unbegleitete Minderjährige sollten vorerst nicht nach Griechenland zurückgebracht werden. Zudem müssen die Behörden gewährleisten, dass jeder Abgeschobene angemessen untergebracht wird. Die EU-Kommission hat den griechischen Behörden mehr als eine Milliarde Euro zur Bewältigung der Flüchtlingskrise bereitgestellt.

Der Kommissar appellierte an die EU-Staaten, Griechenland nicht allein zu lassen und nun 2000 Migranten bzw. 1000 aus Italien pro Monat zu übernehmen. Bisher wurden 8000 Flüchtlinge aus Griechenland in andere EU-Staaten gebracht. **mg**

## KURZ GEMELDET

### Ex-Etatminister war ein Steuerbetrüger

**PARIS.** Frankreichs Ex-Haushaltsminister Jérôme Cahuzac ist zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Pariser Strafgericht sprach den 64-Jährigen am Donnerstag der Steuerhinterziehung und Geldwäsche schuldig. Cahuzac soll mehr als drei Millionen Euro in Steuerparadiesen versteckt haben. **SN, dpa**

### Südkoreas Präsidentin droht Amtsenthebung

**SEOUL.** In Südkorea entscheidet das Parlament heute, Freitag, über ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Park Geun-hye. Hintergrund ist eine Korruptionsaffäre um eine langjährige Freundin der konservativen Staatschefin. **SN, dpa**

### Kurdenpolitiker werden ins Abseits gedrängt

**ISTANBUL.** Nach der Absetzung von drei weiteren prokurdischen Bürgermeister in der Südosttürkei stehen 40 Städte und Bezirke unter staatlicher Zwangsverwaltung. Gleichzeitig fordern türkische Staatsanwälte hohe Haftstrafen für Abgeordnete der prokurdischen Partei HDP. **SN, dpa**

### Verhaftungsaktion gegen Gülen-Anhänger

**ISTANBUL.** Fünf Monate nach dem Putschversuch in der Türkei startete die Polizei eine Operation gegen hochrangige Anhänger der Bewegung des Predigers Fethullah Gülen. Ziel: die Festnahme von 58 Anführern der Gülen-Bewegung. **SN, dpa**